würde? Ein Plan zu Rüstungskontrolle, zu vertrauensbildenden Maßnahmen? - **Fehlanzeige**. Im Gegenteil: Inzwischen wirbt der Außenbeauftragte der **EU** (einstmals Friedensnobelpreisträgerin) in **Südkorea** um Waffenlieferungen an die Ukraine.

Inzwischen darf in der Ukarine, in Gaza, im Westjordanland, im Libanon weiter gestorben werden.

Ohne eine **umfassende Friedensarchitektur, welche die Sicherheitsinteressen <u>aller</u> respektiert**, kann es keinen dauerhaften Frieden in der Ukraine geben, und in Nahost keinen Frieden ohne **Anerkennung der Rechte der Palästinenser**.

Mit Aufrüstung, Rüstungswettlauf und Militarisierung unserer Gesellschaft droht eine lange Eiszeit internationaler Konfrontation. Die Lösung der globalen Probleme wird blockiert, angefangen bei der Klimakatastrophe.

Es ist überfällig, den Forderungen der UNO und den Stimmen aus dem Globalen Süden nach Verhandlungen zu folgen.

- Wir fordern von der Bundesregierung eine Verhandlungsoffensive mit einem Waffenstillstand als erstem Schritt.
- Um Moskau zu Verhandlungen zu bewegen, muss die Anerkennung legitimer Sicherheitsinteressen Russlands Teil eines Verhandlungsangebots sein.
- Keine weiteren Waffenexporte: nicht in die Ukraine und nicht in den Nahen Osten!

Wir alle können nur im Frieden überleben!

Die Attac-Regionalgruppe trifft sich	



Attac

[Regional-gruppe]

November 2024

Ukraine-Krieg und Nahost: Knall oder Verhandlungen?

Berichten zufolge denkt Kiew über einen **teilweisen Waffenstill-stand** mit Moskau nach: keine Angriffe mehr auf die jeweilige Energieversorgung; Kraftwerke und Stromversorger auf ukrainischer, Raffinerien und Erdöllager auf russischer Seite.

Es wird eng für die Ukraine. Ende Oktober sagte ein ukrainischer Generalmajor: alle wüssten, "dass unsere Front zusammengebrochen ist". Es fehle an "Munition und Waffen"; zudem habe man für getötete und für verwundete Militärs "keinen Ersatz, die Soldaten sind müde, sie können die Frontlinie nicht abdecken, an der sie sich befinden".

Trotz Durchhalte-Parolen von NATO-Sekretären und deutschen Baerbocks wird es vor allem von den **Geldgebern in den USA** abhängen, was <u>sie</u> sich von Friedensverhandlungen versprechen. Die Harris-Unterstützer profitieren in hohem Maße vom Ukraine-Krieg, Trumps Helfer dagegen verdienen dort nichts.

Immer noch kann der Stellvertreterkrieg in der Ukraine zur direkten und womöglich endgültigen Konfrontation führen. Denn auch eine Beteiligung europäischer Nato-Truppen am Krieg in der Ukraine ist nicht undenkbar, jetzt schon Missionen ohne Kampf-

auftrag, etwa bei Wartung und Reparatur von Kriegsgerät, mit Militärausbildern oder Bodenpersonal für Kampfjets. - Damit vergrößert sich die **Gefahr**, dass ein **großer Krieg auf dem europäischen Kontinent** ausbricht, auch mit dem Risiko des Einsatzes von Atomwaffen.

Aufrüstung zur Kriegstüchtigkeit scheint inzwischen Teil der deutschen Staatsräson zu sein. Die Rüstungsindustrie trommelt unermüdlich für Ausbau, Investitionen und weitere Waffenlieferungen als wichtigem Beitrag zu Sicherheit und Frieden.

Die US-Regierung macht durch Stationierung ihrer Mittelstreckenraketen mitten in Deutschland die hiesige **Bevölkerung zur Zielscheibe - mit Zustimmung von Kanzler Scholz**: "Zur Erhöhung der Sicherheit im besten Sinn".

Und so rollt die Kriegsmaschinerie unvermindert weiter. Fett werden davon Rüstungskonzerne, Energiekonzerne und Lebensmittelspekulanten. Sie mästen sich an den Staatsfinanzen und jagen die Preise für Nahrungsmittel und Energie in die Höhe.

Die **Auswirkungen des Krieges** in der Ukraine sind dramatisch, auch in der EU und auch in Deutschland – geschätzte Kosten nach zwei Jahren Krieg: "deutlich mehr als 200 Milliarden Euro".

Wie immer werden die Lasten auf die Bevölkerung abgewälzt. Viele Menschen verzweifeln an den steigenden Lebenshaltungskosten, verschärft durch weitere Sparpläne der Bundesregierung – eine Steilvorlage für die Verschärfung sozialer Spannungen und rechtsextreme Propaganda.

Die große Mehrheit der Weltbevölkerung leidet an diesem Krieg – und anderen Kriegen wie in Nahost: Das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen muss die Lebensmittelrationen für Menschen in Not drastisch kürzen; die Geberländer werden geiziger. In Gaza und Sudan drohen große Teile der Bevölkerung zu verhungern.

Ob Ukraine oder Gaza: Militärische Lösungen sollen für politische Probleme herhalten.

Aber mit einer Weltsicht, die alles auf einen einzigen Zeitpunkt und einen einzigen Sachverhalt verkürzt – den völkerrechtswidrigen Einmarsch Russlands - **blind für alles, was vorher und danach geschehen** ist, lässt sich das Problem nicht lösen.

Denn letztendliche Ursache des Krieges war die Entscheidung des Westens, vor allem der USA, die Ukraine zu einem westlichen Bollwerk an der Grenze zu Russland zu machen – in den Augen von Putin & Co. eine existentielle Bedrohung. Bausteine dieser Strategie waren die NATO-Osterweiterung und die Kündigung der Rüstungskontrollverträge.

Ja, Putins Krieg und die brutalen Angriffe auf Zivilbevölkerung und lebensnotwendige Infrastruktur werden zu Recht verurteilt. Aber auf einmal verblassen all die Untaten und Verbrechen in den zahllosen Kriegen, die die USA in den letzten Jahrzehnten geführt haben.

Wie viele Ukrainer und Russen sollen denn noch sterben, bis die USA ihrem geopolitischen Ziel, Russland entscheidend zu schwächen, hinreichend nahe gekommen sind!

Der gnadenlose Kampf um weltweite Macht und Einfluss tarnt sich unter hochtrabendem Gerede von "westlichen Werten", Demokratie und Freiheit. Schon vor dem Krieg hatten auch deutsche Unternehmen von den Billigstlöhnen in der Ukraine kräftig profitiert. Längst ist geplant, wie die hochverschuldete Nachkriegs-Ukraine ein zuverlässiger "Partner" fürs internationale Kapital werden kann - ohne lästige Arbeitsgesetze und überflüssigen Sozialklimbim. - Das war's dann mit der Souveränität der Ukraine, die es doch mit allen Mitteln zu verteidigen gilt.

Wo ist eine **politische Strategie zur Beendigung des Krieges**, welche die Ukraine sichern, ihren Wiederaufbau ermöglichen und gleichzeitig den russischen Sicherheitsbedenken Rechnung tragen